



liberal international **li-KURIER**

AUSGABE 01|2023
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)



Jürgen Martens

*Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,*

wir genießen in Deutschland alle Vorteile und Rechte einer liberalen Demokratie und können uns nur sehr begrenzt vorstellen, welche Schwierigkeiten denjenigen begegnen, die in anderen Ländern für liberale Grundwerte eintreten.

Die Politik in Europa starrt derzeit gebannt auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die ohne unsere Unterstützung nicht gegen Putins Armee bestehen könnte. China erklärt sich derweil zur ökonomischen, politischen und militärischen Gegenmacht zu den USA und anderen demokratischen Staaten. Imperiales Verhalten Chinas ist aber nicht völlig neu. So hat China schon vor über 60 Jahren Tibet besetzt – und die Welt scheint sich damit abgefunden zu haben. Das ist ein Fehler.

Eine Gruppe von Vertretern der DGLI hat im März Nepal und Indien bereist. Im indischen Dharamsala am Fuße des Himalayas begegneten wir hochrangigen Vertretern des tibetischen Exils. Neben der vom Parlament gewählten Exilregierung befinden sich dort etliche Exilorganisationen der Tibeter; zudem trifft sich dort jährlich zwei Mal das tibetische Exilparlament zu seinen Plenartagungen. Mit ungewöhnlicher Offenheit und Freundlichkeit wurden wir dort empfangen. Auch nach über 60 Jahren chinesischer Gewaltherrschaft haben die Tibeter ihren Widerstandswillen nicht verloren und verfolgen beharrlich ihr Recht auf Eigenständigkeit, auch wenn es immer schwieriger wird, staatlicher chinesischer Kontrolle zu entkommen. Liberale Organisationen unterstützen die Tibeter in ihrem Freiheitswillen, auch wenn dies von Unmutsbekundungen und ständigen Drohungen aus Peking begleitet wird. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gehört seit Jahrzehnten zu den entschlossenen Unterstützern der Tibeter.

Und wohl auch nur deshalb gelang es, für die Gruppe der DGLI einen Termin zu erhalten, der sonst kaum erreichbar ist: eine Privataudienz

beim Dalai Lama. Der 87-jährige Friedensnobelpreisträger lebt seit 1959 in Dharamsala und ist die unumstrittene geistliche Führungsperson der Tibeter. Als säkularer Republikaner hätte ich vor dieser Begegnung Hemmungen gehabt, Jemanden mit „Ihre Heiligkeit“ anzusprechen. Nach den Ausführungen des Dalai Lama kann ich die Gründe für diese Anrede verstehen.

An dieser Stelle muss auch ein großes Dankeschön stehen für die Mitarbeiter des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in New Delhi, die zusammen mit ihrem Regionaldirektor Dr. Carsten Klein die Termine der DGLI-Besucher ermöglicht und exzellent vorbereitet haben.

Darunter übrigens ein Gesprächstermin mit dem Chef der nepalesischen Armee und eine Begegnung mit dem offiziellen Orakel der tibetischen Exilregierung, einem buddhistischen Mönch in Dharamsala, ein distinguiertes freundlicher Herr in rotem Mönchsgewand. Man lernt nie aus. Aber so etwas Ähnliches gibt es hier auch schon – wir nennen es dann Meinungsforschungsinstitut. Aber der Blick nach außen bereichert uns, gerade auch wenn es um die Freiheit in scheinbar abgelegenen Regionen geht. Der Kampf um Freiheit wird überall geführt.

Behalten Sie also bitte Ihr Interesse für liberale Politik auch außerhalb Europas und begleiten Sie die Arbeit der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationalen.

Herzlichst,

Ihr
Dr. Jürgen Martens
Präsident der DGLI

WERDEN SIE MITGLIED
dgli.de/mitglied-werden
oder nutzen Sie
den QR-Code.



SCAN ME



Dalai Lama

Foto: The Office of His Holiness the Dalai Lama

DIE HANDELSAGENDA DER KOALITION – STARTSCHUSS FÜR EINE NEUE ÄRA DES FREIHANDELS

Von Lukas Köhler

Die Weltwirtschaft ist so eng verknüpft wie nie zuvor. Globale Wertschöpfungsketten machen 80% des Welt Handels aus. Es ist daher unerlässlich, Ideen, Kapital und Waren auszutauschen, um die Vorteile eines sicheren, gesunden und erfüllten Lebens weltweit zu teilen. Die optimalen Rahmenbedingungen für florierenden Handel muss die Politik schaffen. Dazu gehört insbesondere der Abbau unternehmerischer Hürden für grenzüberschreitende Kooperationen. Um selbstbewusst auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren, brauchen wir eine stärkere globale und vielschichtige wirtschaftliche Vernetzung. Der Schlüssel dazu ist ein Netz von Freihandelsabkommen.

Durch die Regierungsbeteiligung der FDP ist dies zum zentralen Leitgedanken in der Handelsagenda der Ampel-Koalition geworden. Nun setzen wir diese Maxime Schritt für Schritt und Abkommen für Abkommen in die Tat um. Das CETA-Freihandelsabkommen mit Kanada hat dabei nur den Startschuss für eine neue Ära des Freihandels gegeben und nun streben wir weitere Abkommen mit wichtigen Partnern wie Chile und Mexiko an, um neue Wirtschaftsräume zu erschließen und die Rohstoffversorgung zu sichern. Die FDP setzt somit in der Ampel-Koalition ein entscheidendes Zeichen für mehr Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt.

Als Freie Demokraten wollen wir dem Freihandel so viel Auftrieb wie möglich verschaffen. Wir treiben daher die schnelle Umsetzung des bereits ratifizierten EU-MERCOSUR-Abkommens voran, welches mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay eine der größten Wirtschaftsgemeinschaften der Welt mit 260 Millionen Einwohnern noch enger an uns bindet. Auch Partnerschaften mit Singapur und Vietnam sollten wir weiter ergründen, denn diese Länder könnten wichtige Verbündete sein, um technologischen Fortschritt voranzutreiben und gleichzeitig auf Wirtschaftsstärke und Welt-offenheit zu bauen. Deutschland wird sich in der EU außerdem für einen neuen Anlauf zu einem Freihandelsabkommen mit den USA einsetzen. Uns

Liberalen ist die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft immer ein besonderes Anliegen gewesen – nun haben wir dafür gesorgt, dass der Traum von einer gemeinsamen Wirtschaftszone nach dem gescheiterten TTIP-Prozess endlich wieder auflebt.

Darüber hinaus wollen wir weitere zukunftssträchtige Kooperationen in den Blick nehmen. Afrika birgt ein ungeheures Entwicklungspotential und wird langfristig eine zentrale Rolle in der Etablierung sicherer Energie- und Rohstoffinfrastrukturen spielen. Durch mehr wirtschaftlichen Austausch mit Afrika lässt sich noch ein weiteres Grundversprechen der liberalen Idee realisieren: Millionen von Menschen ungeahnte soziale und wirtschaftliche Aufstiegschancen zu bieten. Um diese zu ermöglichen, wollen wir bei der Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern auf Augenhöhe agieren und einen offenen Dialog suchen, um die Bedürfnisse und Perspektiven vor Ort zu integrieren.

Die Errungenschaften unserer sozialen Marktwirtschaft sind zuletzt von vielen Seiten unter Druck geraten: Pandemie, Ukrainekrieg, Energiekrise. Mit der Sorge um Wohlstand, Stabilität und Sicherheit beginnt zusehends auch das Selbstverständnis Europas und Deutschlands zu bröckeln. So haben Lieferengpässe das Augenmerk auch auf unseren Platz in der Welt, den globalen Handel und unsere Versorgungssicherheit gelenkt. Aktuelle, zunehmend lautere Rufe von Globalisierungsgegnern nach nationaler Abschottung sind vielleicht intuitiv nachvollziehbar, im Kern aber fehlgeleitet. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir mehr Öffnung, mehr Vernetzung, mehr Kooperation und nicht zuletzt mehr Freiheit. Tatsächlich sind unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen immer komplexer geworden und erfordern daher auch vielschichtige Strategien. Die Ereignisse der letzten Jahre haben strukturelle Abhängigkeiten aufgedeckt und uns aus einer Phase schläfriger Bequemlichkeit geweckt. Hier sind wir gut beraten, uns auf unsere grundlegenden liberalen Werte zu besinnen. Wir Freie Demokraten müssen die Gelegenheit der aktuellen

Verschiebungen nutzen und uns den neuen Herausforderungen der globalen Wirtschaft mit neuem Elan stellen.

Zunächst einmal dürfen wir nicht pauschal an Partnerschaften zweifeln, sondern sollten uns vielmehr darauf konzentrieren, die Grundlagen bestehender Bündnisse auf den Prüfstand zu stellen. Auf die Rufe nach Autarkie sollten wir nicht mit kurzsichtiger Abschottung antworten, sondern den darin enthaltenen, durchaus richtigen Gedanken gestärkter gesellschaftlicher Resilienz aufgreifen. Eine Welt ohne Abhängigkeiten wird und soll es auch nicht geben, denn Kooperation und Partnerschaften, die von multilateralem Nutzen sind, bilden seit jeher den Grundstein offener und fortschrittlicher Zivilisationen. Wir haben jedoch auch gelernt, dass asymmetrische Abhängigkeiten uns schnell zum Verhängnis werden können. Daher müssen wir stets wachsam sein und uns nicht in neue ungleiche „Partnerschaften“ stürzen, bei denen keine gemeinsame Wertebasis besteht. Stattdessen müssen wir sicherstellen, dass unsere Bündnisse auf gegenseitigem Respekt und gemeinsamen Zielen basieren.

Wir als FDP nehmen also auch innerhalb der aktuellen Koalition unsere Rolle als Kritiker und Prüfer ernst: in der Gas- und Energieversorgung haben Vorgängerregierungen eindeutig zu oft auf zu wenige und die falschen Pferde gesetzt. Das darf uns nicht noch einmal passieren. Wachsamkeit ist deshalb auch im Umgang mit Systemrivalen wie China ratsam. Gemeinsam mit unseren europäischen und weltweiten Verbündeten müssen wir China selbstbewusst gegenüberreten und bedacht agieren – nur so können wir ein Gegengewicht zur chinesischen Wirtschaftspolitik bilden. Umgekehrt gilt es aber auch, unseren Handlungsspielraum zu definieren. Eine Möglichkeit ist die Schaffung von Anreizen für eine reziproke Öffnung der chinesischen Wirtschaft. Durch eine entschlossene Verbesserung der Rahmenbedingungen können wir unser Potenzial nutzen, um den Wettbewerb der Zukunft zu gestalten. Denn China ist und bleibt trotz der großen politischen Unterschiede ein Schlüssel zur Lösung zahlreicher globaler Probleme: Als

zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt trägt China etwa zentrale Verantwortung in der Bewältigung der Menschheitsaufgabe Klimawandel.

Eine Abkehr von einer globalisierten und vernetzten Welt ist der falsche Weg. Im Gegenteil: Genau jetzt ist der Zeitpunkt, selbstbewusst in unseren Werten und Überzeugungen aufzutreten und proaktiv neue Bündnisse auf Augenhöhe zu schließen. Unsere zentrale Verantwortung und Aufgabe besteht darin, eng mit anderen liberalen Demokratien zusammenzuarbeiten und so internationalen Austausch zu fördern.

Von grundlegender Bedeutung ist an dieser Stelle eine regelbasierte Zusammenarbeit, die auf den Leitlinien der Welthandelsorganisation basiert. Als Liberale wollen wir den geregelten Welthandel modernisieren und die Welthandelsorganisation als wichtigstes Organ des internationalen Handels weiterentwickeln und verbessern. Ziel ist es, ein differenzierteres, schnelleres, leichteres und unbürokratischeres Regelwerk zu schaffen, das effektiver durchgesetzt werden kann.

Freihandel ist keine liberale Parole, sondern die zwingende Konsequenz westlicher Werte wie Freiheit und Demokratie, die unsere offene Gesellschaft ausmachen. Wirtschaftliche Abschottung bedeutet auch ideelle Abschottung; damit ist sie der Feind von Mut, Kreativität und Erfindergeist. Doch sind es genau diese Eigenschaften, die wir brauchen, um in unserer sozialen Marktwirtschaft den Fortbestand von Wohlstand und Fortschritt zu sichern. Deshalb setzen wir uns innerhalb der Bundesregierung nachdrücklich für eine ambitionierte Umsetzung der Handelsagenda ein, die wir auch maßgeblich liberal geprägt haben.



Dr. Lukas Köhler, MdB, stv. FDP-Fraktionsvorsitzender, Generalsekretär der FDP Bayern, Mitglied des FDP-Bundesvorstands

Foto: James Zähler

OSMAN KAVALA FÜR DEN LI PRIZE FOR FREEDOM 2023 NOMINIERT

DGLI will ein Zeichen der Hoffnung und Solidarität setzen

Von Manfred R. Eisenbach

„The fate of Osman Kavala matters“, titelte die europäische Ausgabe des Online-Magazins „Politico“ im Oktober letzten Jahres kurz vor dem vorläufigen Ende des skandalösen politischen Prozesses gegen den türkischen Menschenrechtsaktivisten, Philanthropen und Unternehmer Osman Kavala, der den 65-Jährigen für den Rest seines Lebens hinter die Mauern eines Hochsicherheitsgefängnisses verbannen möchte. „Politico“ fuhr fort: „Dieser Fall ist von großer Bedeutung – nicht nur als Schicksal eines einzelnen Menschen, sondern auch für die Zukunft der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in der Türkei und in ganz Europa.“

Die DGLI verfolgt bereits seit langem das Schicksal Osman Kavalas sowie mit größter Besorgnis die politische Entwicklung in dem Nato-Mitgliedsland und langjährigen EU-Beitrittskandidaten Türkei. Anstatt den Wertekanon des NATO-Vertrags zu leben, kümmert sich die türkische Regierung um diesen herzlich wenig und zeigt auch offensichtliche Missachtung gegenüber den sog. „Kopenhagener Kriterien“, die alle Staaten erfüllen müssen, die der EU beitreten wollen. Eine dieser unverhandelbaren Bedingungen ist das „politische Kriterium“, das institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten verlangt.

Unter der sich immer autoritärer gebärdenden Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat sich das Land im Laufe der letzten Jahre zu einer beispielhaften illiberalen Demokratie entwickelt. Über zumindest unfaire Wahlen wird die demokratische Ordnung des Landes von innen immer mehr ausgehöhlt, die Justiz ihrer Unabhängigkeit beraubt und gegen Kritiker und Oppositionelle instrumentalisiert, Minderheitenrechte mit den Füßen getreten sowie mit nationalistischen und populistischen

Parolen Pappkameraden aufgebaut. Ein toxisches politisches Klima des Nepotismus sowie der Einschüchterung und Angst hat sich über die Türkei gelegt.

So war es sicherlich nicht zufällig, dass Osman Kavala ins Fadenkreuz Erdoğan geriet. Der Menschen- und Bürgerrechtsaktivist, Kulturmäzen, Philanthrop und Geschäftsmann, wurde in den 1990er Jahren zu einem der führenden Akteure der türkischen Zivilgesellschaft. Im Jahr 2002 war er Mitbegründer der Anadolu-Kültür-Stiftung, die Kunst, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringt, um lokale Initiativen zu unterstützen, kulturelle Vielfalt und interkulturelles Verständnis zu fördern und die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Also ein Ja zu einer der Welt zugewandten, offenen, freiheitlichen und reformerischen Türkei und eine Absage gegen ein rückwärtsgewandtes, sich in seiner Geschichte verlierendes, statisches Land.

Osman Kavala wurde beschuldigt, die Proteste gegen den geplanten Abriss des Gezi-Parks im Jahr 2013 finanziert zu haben, und sitzt seit seiner Festnahme am 18. Oktober 2017 im Silivri-Gefängnis am Stadtrand von Istanbul in Haft. Er und andere Angeklagte haben alle gegen sie erhobenen Vorwürfe bestritten. Kavala wurde im Februar 2020 zunächst von den Vorwürfen freigesprochen, die ihn mit den Gezi-Park-Protesten 2013 in Verbindung brachten. Während seine Anhänger auf seine Freilassung warteten, wurde Kavala aufgrund neuer Anschuldigungen, die ihn mit dem türkischen Putschversuch von 2016 in Verbindung brachten, noch im Gerichtssaal erneut verhaftet, und der Freispruch wurde später aufgehoben.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte forderte zweimal, am 19. Dezember 2019 und am 11. Juli 2022, Kavalas sofortige Freilassung wegen der eklatanten Verstöße der Türkei gegen seine

Rechte und gegen internationale Verpflichtungen. In der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte heißt es, dass die Inhaftierung Kavalas darauf abzielte, ihn und andere Menschenrechtsverteidiger zum Schweigen zu bringen, und dass es keine Beweise für eine Straftat gab. Nach seiner strafrechtlichen Verurteilung im April 2022 zu lebenslanger Einzelhaft ohne Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung wurde Kavalas Berufung vor dem Istanbuler Gericht am 28. Dezember 2022 jedoch abgewiesen. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig und wird beim türkischen Kassationsgerichtshof angefochten.

Regierungen und Parlamente auf der ganzen Welt haben das Urteil des Berufungsgerichts, mit dem die lebenslange Haftstrafe von Osman Kavala bestätigt wurde, bedauert und seine sofortige Freilassung sowie die Einstellung aller gegen ihn erhobenen Anklagen im Einklang mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verlangt. Sie forderten die Türkei auf, ihren internationalen Verpflichtungen, insbesondere aus der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in vollem Umfang nachzukommen. Darüber hinaus leitete der Europarat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei ein, weil sie sich weigerte, dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge zu leisten und Kavala unverzüglich freizulassen.

Im Oktober 2022 löste die fortgesetzte Inhaftierung Kavalas eine schwere diplomatische Krise zwischen der Türkei und zehn westlichen Ländern aus, darunter Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten, nachdem diese am vierten Jahrestag seiner willkürlichen Inhaftierung seine sofortige Freilassung gefordert und das Rechtsgutachten der türkischen Regierung zurückgewiesen hatten.

Überall auf der Welt sind die Men-

schen- und Bürgerrechte und die Freiheit bedroht, und ihre Verteidiger werden verfolgt. In dieser Situation halten wir Mut und Widerstand von Osman Kavala für absolut beispielhaft. Gerade im Vorfeld der türkischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Mitte Mai sollte nach Auffassung der DGLI die Liberal International (LI) eindeutig Stellung gegen Präsident Erdoğan, seine Regierung und gegen seine kruden Verschwörungsfantasien auch gegen Kavala als „Agenten des in Ungarn geborenen US-Milliardärs George Soros“ beziehen. Und natürlich würde die liberale Weltunion durch die Preisverleihung vollen Einsatz im Kampf für die liberale Demokratie an der Seite ihrer Verteidiger zeigen, die von einem illiberalen Demokraten ungerechtfertigt, willkürlich und rachsüchtig verfolgt werden.

Nach den Statuten der LI soll der Prize for Freedom an eine bekannte Persönlichkeit liberaler Überzeugung verliehen werden, die einen herausragenden Beitrag zur Verteidigung von Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechten geleistet hat. Mit der Verleihung des Preises an Osman Kavala würde die LI eine Persönlichkeit, die ihr Leben in den Dienst dieser Werte und zum Wohle des eigenen Landes gestellt hat, ehren und ein Zeichen der Hoffnung und Solidarität senden.



Manfred R. Eisenbach, DGLI-Generalsekretär und Vorstandsmitglied des FDP-Bundesfachausschusses „Internationale Politik“ sowie ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand

Foto: p1net

DGLI-REISE NACH NEPAL UND INDIEN

Von Hellmut Meinhof

Die diesjährige Reise der DGLI-Delegation führte nach Kathmandu, Delhi und Dharamsala. Organisiert durch Dr. Carsten Klein, Regionaldirektor der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Südasiens in Delhi, bot das kompakte und vielfältige Programm Einblicke in Politik, Wirtschaft, Militär und zivilgesellschaftliches Engagement beider Länder.

Den Auftakt bildete die von der FNF in Kathmandu durchgeführte Konferenz „Rivers as Lifeline for South Asia“. Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft aus Ländern der Region wie aus Europa diskutierten über grenzüberschreitende Kooperationen, Folgen des Klimawandels und Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Schließlich betrifft es mehr als 1,4 Mrd. Menschen, für die das Wasser des Himalayas Lebensadern sind: für die Versorgung mit Trinkwasser, für Landwirtschaft und Industrie oder für die Energiegewinnung durch Staudämme.

Nepal – von der Bundesregierung aktuell wieder als Entwicklungsland eingestuft – verfügt über funktionierende demokratische und föderale Strukturen, so lautete das Briefing des deutschen Botschafters Prinz. Wahlen würden ordnungsgemäß abgehalten, ebenso sei die Machtübergabe von einer Regierung zur nächsten reibungslos. Das sei anerkennenswert, weil Nepal als noch recht junge parlamentarische Demokratie sich bis vor ca. 30 Jahren noch unter einer feudalistischen Struktur und wegen der ethnischen Vielfalt unter einem noch differenzierteren Kastensystem als das in Indien befand. Allerdings gab es in den letzten Jahren häufige Wechsel der Regierungskoalitionen, was die Sache nach außen etwas unübersichtlich macht und irritierend wirkt. Aber von innen betrachtet existiere denn doch Kontinuität, weil die gesellschaftlichen Eliten unter sich bleiben.

Was Nepal braucht, seien klare Strategien, die konsequent umgesetzt werden müssten. Beispiel Energiepolitik: Man ist sich einig, dass Strom bis 2045 zu 100 % aus erneuerbaren

Quellen kommen soll. Angesichts der gewaltigen Wasserkraft-Potenziale und bereits bestehender Staudämme ist das realistisch, allerdings fehlt es an den notwendigen Leitungen. Zur Förderung von Wirtschaft und Konsum wäre es zukünftig zielfüh-

menarbeit. Der Chef der Armee, General Prabhu Ram Sharma, erläuterte bei einem Empfang in seinem Amtssitz, dass Nepal einen bedeutenden Beitrag leistet für UN-Friedensmissionen, mit immerhin 6.500 Soldatinnen (die 20 % ausmachen) und Soldaten.

In Delhi stand der Austausch mit renommierten Journalisten, Gespräche bei der internationalen Arbeitsorganisation ILO, der Besuch eines Gottesdienstes der deutschen evangelischen Gemeinde sowie ein Briefing in der deutschen Botschaft auf dem Programm.



Auch das gehört zum Alltagsleben in Kathmandu: Feuerbestattungen am Flussufer



Dr. Carsten Klein, Regionaldirektor der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Südasiens, mit dem Sikyong, dem Ministerpräsidenten der tibetischen Exilregierung



Zentrales Krankenhaus in Delhi, das in der Pandemiezeit für alle kostenfrei zugänglich war und entsprechend massiv von COVID-Patienten belagert war.



Empfang durch Seine Heiligkeit des Dalai Lama in Dharamsala



Empfang am Amtssitz des Armeeführers Nepals

Insgesamt liegt die Stärke der Armee bei 96.000, ein großer Teil davon dient außerdem als Ressource für den Einsatz bei Naturkatastrophen.

In letzterem wurde deutlich, dass Indien mit 1,4 Mrd. Menschen und in Kürze bevölkerungsreichstes Land der Erde, sich in einer unberechenbar

gewordenen und aktuell neu konstituierenden Weltordnung zu positionieren versucht. Rahmenbedingungen, wie unterbrochene Lieferketten, der Krieg in der Ukraine, gestiegene Rohstoffpreise und Inflation, tun dabei ihr Übriges. Der aktuelle G 20-Vorsitz verschafft Indien Prestige in den außenpolitischen Beziehungen, vor allem aber nutzt es dem Image innenpolitisch. In der geopolitischen Gesamtlage ist für Indien wichtig, das Gleichgewicht gegenüber China zu halten und genügend Zeit zu gewinnen, um sich wirtschaftlich stark aufzustellen. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland haben einen hohen Stellenwert, deutsche Technologien sind begehrt, und die Fachkräftezuwanderung bietet großes Potenzial. Wie ernst es Indien damit ist, zeigt die Zahl von ca. 35.000 indischen Studierenden, die derzeit in Deutschland sind und von denen ein großer Teil in Deutschland bleiben werden.

In der multilateralen Zusammenarbeit sieht Indien nicht nur als bevölkerungsreichstes, sondern auch als Land mit 75 Jahren Demokratieerfahrung einen berechtigten Anspruch auf einen Platz im UN-Sicherheitsrat. Und was die Tibet-Frage betrifft: So ist Tibet für Indien eine Belastung und Chance zugleich. Gegenüber China lässt sich diese Karte, inklusive des Dalai Lama als „Faustpfand“, ausspielen. Andererseits bereiten die Flüchtlinge aus dem Tibet, deren Diasporasituation sowie die Frage der Staatsangehörigkeit (Tibeter erhalten keine indische Nationalität) durchaus ernsthafte Probleme.

In Dharamsala im Norden Indiens am Himalaya befinden sich der Sitz des Dalai Lama und der tibetischen Exilregierung mitsamt Parlament. Der Empfang beim Sikyong, dem Ministerpräsidenten, sowie Besuche und Gespräche im Parlament eröffneten

anschauliche Eindrücke über die Lebensverhältnisse der Exil-Tibeter und dem, was man über die Situation der Bevölkerung im Tibet weiß. Auch der Dialog mit verschiedenen tibetischen NGOs und ein Besuch der Tibetan Children's Village School machte deutlich, wie stark das Engagement für die Unabhängigkeit Tibets, seiner Traditionen und kulturellen Identität ausgeprägt ist und gelebt wird.

Ihren Abschluss und zugleich Höhepunkt fand die DGLI-Reise in einer privaten Audienz beim Dalai Lama. In der etwa einstündigen Begegnung mit Seiner Heiligkeit ging es um Fragen von zwischenmenschlicher Eintracht und Harmonie, um die großen Visionen von Völkerverständigung und einem friedlichen Zusammenleben inmitten der Vielfalt von Religionen, politischen Systemen und Weltanschauungen. Nachdrücklich angesprochen wurden auch die

an den Gipfeln des Himalayas seit langem erkennbaren Folgen des Klimawandels. Bereichert wurde dieses Zusammentreffen in einer besonderen Atmosphäre durch verschiedene anekdotische Berichte, z.B. zu Diskussionen über das Verhältnis von Wissenschaft und Religion, die der Dalai Lama mit Mao Tsetung in den 1950er Jahren führte.

Weitere Informationen zu dieser Reise, Presse- und Medienberichte sowie Bilderstrecken finden sich auf der Webseite www.dgli.de.



Hellmut Meinhof, Mitglied des Präsidiums der DGLI

EUROPÄISCHE RÜSTUNGSKOOPERATIONEN BRAUCHEN VERTRAUEN

Von Sandra Weeser

Deutschland und Europa stehen außen- und sicherheitspolitisch vor den größten Herausforderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Seit über einem Jahr ist das Unvorstellbare Wirklichkeit: Putins Russland führt einen brutalen Krieg gegen sein Nachbarland, die Ukraine. Global erleben wir die Errichtung von Drohkulissen, auch militärischer Art, für die wir in Europa eine gemeinsame Lösung finden müssen.

Eine Antwort für die zukünftige Sicherheitspolitik stellt das Luftkampfsystem, das sogenannte «Future Combat Air System» (FCAS), und damit eng verbunden das geplante Kampfpanzersystem «Main Ground Combat System» (MGCS), dar. Das Projekt FCAS steht unter der Führung Frankreichs, während Deutschland beim Kampfpanzersystem die Führungsrolle innehat. Mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 500 Mrd. Euro ist das Projekt FCAS

zwischen Deutschland, Frankreich und mittlerweile Spanien eines der größten Rüstungsprojekte der Welt.

Dabei geht es nicht nur darum, in zukünftigen Konflikten die europäische und transatlantische Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen, sondern damit steht auch ein industriepolitisches Programm im Mittelpunkt, mit dem Deutschland, Frankreich und Spanien sich gemeinsam bei militärischen Schlüsseltechnologien positionieren. Für eine europäische Lösung sind die Projekte FCAS und MGCS zentral. Europa braucht eine zukunftsfähige Verteidigungsstrategie und diese kann nur im Verbund zwischen Deutschland und Frankreich gefunden werden.

Als Bundestagsabgeordnete mit deutschem und französischem Pass, verheiratet mit einem Franzosen, wünsche ich mir derzeit ein noch klareres Bekenntnis für diese ganz Europa tragende Beziehung. Persönlich fühle ich mich bei den Worten

von Emmanuel Macron mit zwei Seelen in einer Brust besser abgeholt als bei dem von Kanzler Scholz bildlich bei den Feierlichkeiten zum Elysée-Vertrag vorgetragenen stotternden Motor. Ich denke, wir wären als deutsche Bundesregierung und Deutschland besser aufgestellt, wenn wir unseren französischen Partnern häufiger beide Hände entgegenstrecken und auch die französische Perspektive bei unseren Entscheidungen im Vorfeld stärker miteinbeziehen würden.

Europäische Rüstungskoperationen brauchen großes Vertrauen. Momentan wird jedoch zwischen den beteiligten Staaten und Unternehmen immer wieder darum gerungen, wer welche Schlüsselkomponenten beitragen und die zugrundeliegenden Technologien zugleich für sich behalten darf. Wegen dieser zähen Verhandlungen haben sich die Projekte schon mehrfach verzögert und standen bereits vermeintlich vor dem Aus. Umso besser ist es, dass beim

Luftkampfsystem FCAS die geplante nächste Forschungsphase nun im März 2023 begonnen hat. Deutschland und Frankreich müssen die Rüstungskoperationen gerade jetzt kontinuierlich und mit Nachdruck vorantreiben und dabei eine sinnvolle Verteilung zwischen den beteiligten Rüstungskonzernen herstellen. Der Industrie in beiden Ländern würde dies zugute kommen. Jetzt geht es um nicht weniger als darum, Vertrauen politisch endlich wieder auszubauen und für die Zukunft zu stärken. Auf die Feierlichkeiten Anfang des Jahres müssen jetzt Taten folgen.



Sandra Weeser MdB, Mitglied im Vorstand der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung und Vorsitzende des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes

BHUTAN – NATUR, EXOTIK UND WIRTSCHAFTLICHE SCHWIERIGKEITEN

Von Steffen Pabst

Im Vorfeld der DGLI-Delegationsreise nach Nepal und Indien nutzte ein Teil der Delegationsmitglieder die räumliche Nähe, um auch das buddhistische Königreich im Himalaya zu besuchen. In intensiven drei Tagen konnte ein guter Einblick gewonnen werden.

Bhutan, Pufferstaat zwischen China und Indien, ist etwas kleiner als die Schweiz. Hier leben jedoch nur ca. 770.000 Menschen. Der deutsche Honorarkonsul, Herr Chambula Dori, erklärte das politische System des Landes. Der Übergang von einer autokratischen Monarchie hin zu einer demokratisch-konstitutionellen Monarchie wurde erst über den Jahrtausendwechsel vollzogen. Die Verfassung stammt von 2008, Parteien wurden erstmals zugelassen. Seitdem werden regelmäßig Wahlen abgehalten und die legislative Macht liegt beim Parlament.

Bhutan hat große Anstrengungen unternommen, um das Land zu modernisieren und seine Volkswirtschaft zu diversifizieren. Es wurde erheblich in Infrastruktur investiert. Das Straßensystem erscheint im regionalen Vergleich in besserem Zustand, der internationale Flughafen Paro ermöglicht – wenn auch unter herausfordernden Flugbedingungen – eine Anbindung in Süd- und Südostasien. Und doch ist Thimphu wohl die einzige Hauptstadt der Welt, in der es keine Ampel gibt. Die Fahrspuren sind eng und kurvenreich, so dass Mobilität Zeit erfordert.

75 % der Bevölkerung sind in den ländlichen Regionen zu Hause. Die Menschen sind sehr jung, etwa die Hälfte ist unter 30. Die Herausforderungen sind gewaltig, über 12 % leben noch immer unterhalb der Armutsgrenze. Jedoch werden die wirtschaftlichen Interessen dem Umwelt- und Naturschutz untergeordnet, so dass sich Bhutan eine Naturbelassenheit behält, die nahezu unvergleichlich auf der Welt ist. Zwei Drittel der Landesfläche sind bewaldet. Die Land- und Forstwirtschaft ist für ca. 30 % des Bruttoinlandsprodukts verantwortlich und beschäftigt rund

60 % der arbeitenden Bevölkerung. Bei mittlerweile guter Schul- und Ausbildung – Bildungs- und Gesundheitssystem stehen kostenfrei zur Verfügung – ist die Arbeitslosigkeit hoch, die Abwanderung groß. Gerade junge Menschen verlassen das Land, weshalb Australien häufig ironisch als der 21. Distrikt bezeichnet wird.

Daneben wichtigster Wirtschaftszweig ist der Tourismus. Nach den erheblichen COVID-Reisebeschränkungen öffnete sich das Land Mitte



Thimphu

2022 wieder. Reisen sind aber weiterhin nur gebucht und in Begleitung eines lizenzierten Führers möglich. Echtes unabhängiges, spontanes Reisen ist nicht möglich; eine vorherige Festlegung der Route einschließlich der Übernachtungen erforderlich. Kleine Ausflüge im Ort am Abend bleiben zum Glück unbenommen, so dass insoweit Kontakt mit den äußerst freundlichen und zuvorkommenden, jedoch Fremden gegenüber sehr zurückhaltend und vorsichtig agierenden Menschen möglich wird. Kritische Meinungen werden selten geäußert. Um Massentourismus zu verhindern, wurde die schon immer erhobene tägliche „Einreisegebühr“ auf 200 USD erheblich angehoben. Die so erzielten Einnahmen seien essenziell für die Finanzierung des kostenfreien Bildungs- und Gesundheitssystems. Wie wir in Gesprächen mit Unternehmern aus der Branche erfahren, stellt dies die inländische Tourismusindustrie vor erhebliche Probleme. Touristen bleiben weg, Hotels sind leer, für tausende in der

Branche tätige Arbeitnehmer fehlt die Kundschaft. Die Unternehmer klagten über die gerade nach den Pandemie-jahren nunmehr besonders schwierige Situation. Zumindest scheinen erneute Änderungen in Sicht. Auch staatlicherseits sei der massive Rückgang erkannt worden und eine substantielle Senkung des „Eintrittsgeldes“ wird kurzfristig erwartet.

Nicht vergessen werden darf die Energiewirtschaft. Bhutan bezeichnet sich gern als einziges klimaneutrales

Land der Welt. Mittels Wasserkraft wird elektrische Energie erzeugt und neben dem Eigenverbrauch nach Indien und Bangladesch exportiert. Auch Heizung und Warmwasserbereitung erfolgt häufig elektrisch. Der Staat fördert die Elektromobilität. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mobilität meist nicht klimaneutral ist. Im Gegenteil: Im Individualverkehr sind meist ältere Verbrenner im Einsatz, bei Bussen und LKW sogar nahezu ausschließlich. Dazu fehlt Industrie und die Bevölkerung ist gering. So ermöglichen durch mittels Wasserkraft erzeugte und exportierte Strommengen diese Werte rechnerisch zu kompensieren.

Beim Blick auf die Medienfreiheit verdüstert sich das Bild. Die Friedrich Naumann Stiftung, die mit Partnern auch in Bhutan aktiv ist, berichtete, dass strenge Medienzensur im Land praktiziert wird. Ausländische Journalisten benötigen eine besondere Erlaubnis, um ins Land zu gelangen. Ihre Bewegungsfreiheit im Land wer-

de beschränkt. Immerhin wurde 2018 mit der Zulassung von privaten Nachrichten-Webseiten eine vorsichtige Liberalisierung eingeleitet.

Neben dem Informationsgewinn über Politik, Wirtschaft und Medien muss sich eine Reise nach Bhutan dem kulturellen und religiösen Erbe widmen. Dazu zählen die regionalen Dzong, die alten Festungen in den Distrikthauptstädten. Ihre Nutzung ist heute oft zweigeteilt. Zum einen beherbergt ein Dzong wichtige Institutionen der Verwaltung, zum anderen ist er Klosterschule für junge Mönche und mit seinen Tempeln spirituelles Zentrum.

Höhepunkt ist sicher eine Wanderung hinauf zum Taktshang, einem sich an den Felsen schmiegenden, buddhistischen Kloster auf 3.120 m, eingeweiht im Jahr 1692. In ihm findet man die Höhle, in welcher Guru Padmasambhava, der den Buddhismus nach Bhutan brachte, im 8. Jahrhundert drei Jahre, drei Monate, drei Wochen, drei Tage und drei Stunden meditiert haben soll. Sie ist jedoch für Besucher meist nicht zugänglich. Die Wanderung gibt Zeit zum Verarbeiten der vielfältigen Eindrücke. Die erste Hälfte des Weges könnte man noch auf dem Rücken eines Maultieres zurücklegen, ansonsten bleibt nur der mehrstündige Fußmarsch vorbei an hunderten im Wind flatternden Gebetsfahnen.

Zum Abschluss der Kurzvisite gelang es noch, einige Dorfbewohner bei der Ausübung des Nationalsports Bogenschießen zu treffen. Traditionell wird mit Bögen aus Bambus auf ein kleines bemaltes Holzbrett als Zieltäfelchen in 140 m Entfernung geschossen. Es ist vom Abschussort kaum zu sehen. Eine beeindruckende Leistung.



Dr. Steffen Pabst, Schatzmeister und Mitglied des Präsidiums der DGLI

DEM RECHT DES STÄRKEREN DIE STÄRKE DES RECHTS ENTGEGENSETZEN

Von Renata Alt

Das Massaker von Butscha vor einem Jahr ist Jedem noch in schrecklicher Erinnerung. Vladimir Putin führt einen Krieg gegen die Menschenrechte. Gegen die Menschlichkeit. Es ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine sondern auch ein Angriff auf die Demokratie. Schwere Menschenrechtsverbrechen sind zentraler Teil der russischen Kriegsführung. Sexualisierte Gewalt, Folter und Mord sind grausame Mittel zum Zweck, die Putin nutzt, um die ukrainische Zivilbevölkerung zu zermürben. Mit Luftangriffen auf die Infrastruktur versucht er seit Monaten, die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Elektrizität, Wasser und Wärme zu kappen. Im Laufe des Winters sollten die Ukrainer erfrieren oder in Massen fliehen. Zu Frühlingsbeginn zeigt sich, dass dieser Plan dank der westlichen Hilfs- und Waffenlieferungen nicht aufgegangen ist. Wir leisten einen wesentlichen Anteil, Deutschland ist nach den USA zweitgrößtes Geberland, auch bei der humanitären Hilfe.

Weniger thematisiert, aber genauso grausam und perfide sind die systematischen Zwangsdeportationen ukrainischer Kinder. Wir müssen mittlerweile von bis zu 16.000 Kindern ausgehen. Bis zu 16.000 ukrainische Kinder, die seit Beginn des russischen Angriffskrieges gewaltsam zwecks Umerziehung und Zwangsadoption tief in besetzte Gebiete oder in russisches Staatsgebiet deportiert wurden.

Dazu braucht es eine detaillierte Dokumentation aller Fälle. Um dies zu garantieren, ist eine zentrale Datenbank zur Erfassung der Daten der verschleppten Kinder notwendig. Die Beweissammlung ist von zentraler Bedeutung. Sowohl für die Rückführung, als auch für die strafrechtliche Verfolgung.

Dabei kann das Internationale Komitee des Internationalen Roten Kreuzes unter der Leitung der neuen Präsidentin, Mirjana Spoljaric Egger, eine zentrale Rolle spielen. In den kommenden Monaten wird sie zu Gast im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sein, um die entsprechenden Schritte zu beraten. Die internationale Gemeinschaft muss hier noch enger, koordinierter agieren. Es braucht eine Allianz für die Menschenrechte. Unser Ziel muss sein, alle begangenen Verbrechen strafrechtlich aufzuklären. Alle Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Ohne Ausnahme. Auch dafür ist der

internationaler Gremien stehen. Die damit verbundene Aufmerksamkeit ist von enormer Relevanz. Wir müssen alles dafür tun, dass die betroffenen Kinder schnellstmöglich in die Ukraine zurückgeführt werden.



Vor 50 Jahren: Deutschland – bzw. damals beide deutsche Staaten – wird am 18. September 1973 Mitglied der Vereinten Nationen und ist heute viertgrößter Beitragszahler, was die Bedeutsamkeit, die die Aufgaben und Ziele der UNO für die Bundesregierung haben, unterstreicht. Fotos: UN-Hauptstandorte in New York und Genf, Saal des UN-Sicherheitsrats sowie die Non Violence-(Verknotteter Revolver)-Skulptur in New York

Bundesjustizminister Marco Buschmann wegen dessen Feststellung, dass Deutschland verpflichtet ist, Putin zu inhaftieren und an den Internationalen Strafgerichtshof zu übergeben, sollte er deutsches Territorium betreten.

Medwedew irrt, wenn er die Umsetzung eines internationalen Haftbefehls mit einer Kriegserklärung verwechselt. Er irrt außerdem, wenn er Putin für unantastbar hält, nur weil er der Präsident einer Atommacht ist. Und er irrt darüber hinaus, wenn er glaubt, uns einschüchtern zu können, indem er mit dem Einsatz von Atomwaffen droht. Russlands Atomwaffen dienen vor allem der psychologischen Kriegsführung. Auch Putin ist klar, dass der Einsatz von Atomwaffen eine Eskalation wäre, die fatale Folgen für ihn und sein Land hätte. Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und verbietet sich daher von selbst. Die verfehlte Russlandpolitik der letzten Jahre hat gezeigt, dass Pu-

Haftbefehl Putins und Lwowa-Belova ein wichtiges Signal.

Diese Haftbefehle zeigen schon jetzt Wirkung. Der russische Ex-Präsident Medwedew drohte kürzlich

westliches Appeasement als Schwäche deutet. Wenn wir verhindern wollen, dass sich das russische Imperium weiter ausdehnt, müssen wir jetzt Stärke zeigen und uns Putins Regime energisch entgegenstellen. Die Wiederherstellung der europäischen Friedensordnung und die Durchsetzung des Völkerrechts müssen unser Ziel sein. Nur wenn wir dem Recht des Stärkeren die Stärke des Rechts entgegensetzen, können wir zukünftige Angriffskriege in Europa verhindern.

Es ist eine Tragödie für Russland, dass die liberale Demokratie dort nach dem Zerfall der Sowjetunion keine Wurzeln schlagen konnte. Dass Verfechter der liberalen Demokratie derzeit unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert sind. Wir dürfen Alexei Navalny, Vladimir Kara-Murza und die vielen anderen

politischen Gefangenen in Russland nicht vergessen und müssen weiterhin ihre Freiheit einfordern. Es wäre eine geopolitische Katastrophe für das freie Europa, wenn Putin seine Diktatur in Richtung Westen ausdehnen könnte. Wir müssen daher auch weiterhin für die Menschenrechte, die Sicherheit Europas und Demokratie weltweit kämpfen. Dass autokratische Staaten in UN-Gremien eine Mehrheit erlangen, uns ihre menschenverachtende Politik diktieren, muss unbedingt verhindert werden. Die Ukraine verteidigt unsere liberale Werteordnung und verdient dabei unsere volle Unterstützung.

Renata Alt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes



Renata Alt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes

EINE ZEITENWENDE IN BRASILIEN?

Von Lilli Löbsack

Luis Inácio Lula da Silva, genannt „Lula“ (77), seit Anfang 2023 neuer Präsident Brasiliens, ist das Gegenteil seines rechtsradikalen Amtsvorgängers, Jair Bolsonaro, der sich noch vor Lulas Amtsantritt in die USA absetzte. Im Gegensatz zu Bolsonaro besitzt Lula umfassende Regierungserfahrung. Er kam vor 20 Jahren das erste Mal ins Präsidentenamt, 2006 wurde er wiedergewählt. Als er sich 2010 nicht erneut zur Wahl stellen konnte – eine dritte Amtszeit in Folge verbietet die brasilianische Verfassung – betrug seine Zustimmungswerte über 80 %.

Innenpolitisch, so hat Präsident Lula angekündigt, will er eine neue Klimapolitik mit Wohlstand und sozialer Teilhabe verbinden. Hauptziel ist dabei, die weitere Zerstörung des Regenwaldes zu stoppen („Null-Entwaldung“). Lula hat auch eine Reihe neuer Ministerien – insgesamt sind es 37 Ministerien – geschaffen, u.a. das „Ministerium der Indigenen Völker“ und das „Ministerium für ethnische Gleichstellung“. Auch das „Ministerium für Menschenrechte“ soll grundlegend reformiert werden. Zur „Ministerin der Urvölker“, wie die FAZ im März titulierte, ernannte Lula die Umweltaktivistin, Dra. Sonia Guajajara, die in einem Reservat im Bundesstaat Maranhão aufgewachsen ist. Das Magazin „Time“ hat sie zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten gewählt: Sie erhielt zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen, zuletzt 2019 eine Medaille der „Internationalen Naturschutz Union“ (IUCN).

Vor Lula türmen sich Berge an Herausforderungen: Der Zustand der Wirtschaft ist nahezu hoffnungslos und die Staatskasse ist leer. Allerdings ist die Inflationsrate seit Oktober 2022 im Sinken begriffen. Der neue Staatschef hat angekündigt, das Erbe der Vorgängerregierung nach Möglichkeit zu annullieren und, wie schon während seiner Amtszeit 2003 bis 2010, große Sozialprogramme aufzulegen. Denn die Armut ist enorm gestiegen, u.a. weil die jahrzehntelange Deindustriali-

sierung viele Menschen arbeits- und perspektivlos gemacht hat.

Ein fast unlösbares Problem besteht darin, dass der rechtsgerichtete Kongress in Brasilia alle Reformbestrebungen Lulas, insbesondere seine Steuerreform, verhindern kann. Denn Lulas Partei, die PT, (Partido dos Trabalhadores) verfügt weder über die für eine Steuerreform erforderliche Zweidrittel-Mehrheit noch über die einfache Mehrheit im Parlament. Lula kann daher nicht ohne Aushandlung von Kompromissen mit den rechtsradikalen Anhängern seines Vorgängers regieren. Außenpolitisch muss Lula sein Land wieder auf die Weltbühne zurückbringen, nachdem Bolsonaro es in der Welt isoliert hat. Lula hat seit Amtsantritt mehr ausländische Staatschefs getroffen als Bolsonaro während seiner gesamten Amtszeit.

Geplant sind Treffen mit Joe Biden (USA), Xi Jinping (China) und Narendra Modi (Indien). Ende Januar war Bundeskanzler Scholz zu Gast in Brasilia. Obwohl Scholz seinen Gastgeber mit den Worten „Ihr habt gefehlt, Lula“ umschmeichelte, ließ dieser ihn abblitzen, als es um die Lieferung von Munition an die Ukraine ging. Brasilien sei nicht zu Waffenlieferungen bereit, es wähle stattdessen den Weg zum Dialog. Dabei wiederholte Lula erneut seine These von der Mitschuld der Ukraine am Krieg mit Russland. Seiner Auffassung nach soll Präsident Selensky den Krieg für eine „persönliche Show“ nutzen. Lula will stattdessen gemeinsam mit China im Krieg zwischen Russland und der Ukraine vermitteln; denn – wie schon in seinen ersten beiden Amtszeiten – sieht sich Lula als Friedensstifter. Eine Vermittlerrolle Chinas – mit oder ohne Brasilien – ist jedoch angesichts des Treffens von Li Jinping mit Putin in Moskau unrealistisch, da die Neutralität Chinas jetzt infrage steht.

Lula verfolgt politische und wirtschaftliche Interessen an einer Zusammenarbeit mit China. Auch China will seinen Einfluss auf Brasilien vergrößern und tritt dort verstärkt als Investor auf. Chinas

„Neue Seidenstraße“ die sogenannte „Belt and Road Initiative“ reicht inzwischen bis Lateinamerika. International wird Brasilien wieder umworben: Zur Wiederbelebung des EU-Mercosur-Abkommens, über das seit 1999 beraten wird, wurden endlich neue Verhandlungen aufgenommen. Zum Mercosur zählen neben Brasilien die Länder Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay. Lulas Wahl zum Präsidenten hat in der EU neue Hoffnung auf einen baldigen Abschluss des multipolaren Freihandelsabkommens geweckt. Der brasilianische Präsident hat bereits die ersten Änderungswünsche angemeldet. Auch von Seiten der europäischen Bauernverbände sind Bedenken zu erwarten, da das Abkommen womöglich die deutsche und die europäische Landwirtschaft bedroht.

Angesichts dieser komplexen politischen Weltlage haben EU und Deutschland großes Interesse an einer intensiven Anbindung Brasiliens an Europa. Der Ausbau der Beziehungen zu Brasilien hat absolute Priorität. Um dies zu erreichen, müssen die staatliche Entwicklungszusammenarbeit über das „Bundesministerium der Entwicklung und Zusammenarbeit“ (BMZ) und die Arbeit der politischen Stiftungen intensiviert werden. Deutschland und Europa müssen eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels durch nachhaltige Projekte im Amazonas-Regenwald spielen. Eine größere Relevanz muss auch der kulturelle Austausch zwischen Deutschland und Brasilien haben. Nur über die Stärkung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, entwicklungspolitischen und kulturellem Gebiet kann verhindert werden, dass Brasilien sich von Europa abwendet und sich Asien (China) zuwendet.



Lilli Löbsack, Mitglied des Präsidiums der DGLI und Strafverteidigerin in Berlin

DGLI-SEKTIONEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Daniel Obst

E-Mail: office@judgedan.de

BAYERN

Cécile Prinzbach

E-Mail: cecile.prinzbach@t-online.de

BERLIN

Prof. Dr. Michael Bahles

E-Mail: michaelbahles@hotmail.com

BRANDENBURG

Patrick Meinhardt

E-Mail: patrick.meinhardt@dgli.de

HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

Maria Luisa Warburg

E-Mail: m.l.warburg@hamburg.de

HESSEN

Katharina Schreiner

E-Mail: k.schreiner@fdp-frankfurt.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Gino Leonhard

E-Mail: gino-leonhard@online.de

NIEDERSACHSEN / BREMEN

E-Mail: info@dgli.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

E-Mail: info@dgli.de

RHEINLAND-PFALZ

E-Mail: info@dgli.de

MITTELDEUTSCHLAND

(SACHSEN, SACHSEN-ANHALT UND THÜRINGEN)

Christoph Wieduwilt

E-Mail: christoph.wieduwilt.de

AUSLANDSSEKTION EUROPA

E-Mail: info@dgli.de

„Liberal Vision“ abonnieren!

Abonnieren Sie doch einfach den informativen Newsletter der Liberal International unter www.liberal-international.org. Sie werden dann über alles Wissenswerte aus der liberalen Weltfamilie informiert.

Impressum:

LI-Kurier – Magazin der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL e. V. (DGLI), 22. Jahrgang.

Anschrift: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL (DGLI) Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin
E-Mail: info@dgli.de
Webseite: www.dgli.de

Herausgeber: Dr. Jürgen Martens, Präsident der DGLI

Redaktion: Hellmut Meinhof (V.i.S.d.P.), DGLI-Präsidiumsmitglied
E-Mail: hellmut@meinhof.de

Redaktionsschluss: 10.4.2023